



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/130 - 9. Juni 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Sorge um den Präsidenten

ler. Eine Nachricht hat an Gewicht und Bedeutung alle anderen Nachrichten in einer gewiss nicht ereignisarmen Woche übertroffen: Die Welt hielt den Atem an, als die Kunde von der neuesten Erkrankung Eisenhowers durch den Äther kam. Auf Eisenhower ruht wohl gegenwärtig die schwerste Verantwortung, die ein Mensch zu tragen hat. Kraft seines Amtes und durch die prägende Kraft seiner Persönlichkeit gehört der amerikanische Präsident zu den Schlüsselfiguren des Weltgeschehens. Ein auch nur zeitweiliges Ausscheiden von der aktiven politischen Mitgestaltung hat schwerwiegende und in ihrer Wirkung noch unübersehbare Folgen.

Die New Yorker Börse verzeichnete Kurseinbrüche und der Presseferent Eisenhowers musste nacheinander fünf Pressekonferenzen einberufen, um eine im Tiefsten aufgewühlte Nation wieder zu beruhigen. Das weltgeschichtliche Gespräch zwischen der Sowjetunion und den USA, durch den letzten Brief Bulganins an Eisenhower erneut belebt, gerät wieder ins Stocken, da die Spitze der amerikanischen Politik den Präsidentenstuhl mit dem Krankenbett vertauschen musste. Die erste Erkrankung Eisenhowers führte zur innen- und aussenpolitischen Lähmung der USA; diese Weltmacht glich damals einem Schiff, das führungslos dringlitt, weil ihm der Steuermann fehlte. Die Welt im Atomzeitalter aber bedarf der weisen und kräftigen Führung von Männern, die sich im klaren darüber sind, dass wir alle auf einem Grat wandeln und ein falscher Schritt am falschen Ort den Sturz in den Abgrund bedeutet.

Die Blicke einer besorgten Welt richten sich heute nach Washington, verknüpft mit der Hoffnung einer baldigen Genesung des amerikanischen Präsidenten. Unsere von Furcht und Unruhe, von Zweifel und Skepsis erfüllte Zeit bedarf noch lange seiner ordnenden Hand. Eisenhower selbst ist eine lebendige Illustration für den Satz, dass Männer Geschichte machen.

+ . + +

- 2 -

Auch Bonn auf der Verteilerliste

Bulganius neuester Abrüstungsvorstoß

sp. Mit seiner neuesten Note setzt Bulganin die Bemühungen um die Weiterführung eines Abrüstungsgespräches fort, die er mit seinem Brief an Eisenhower vom 1. Februar einleitete. Der Präsident hatte sich damals auf ein zweiseitiges Gespräch nicht eingelassen, sondern die einen Monat später gegebene Antwort auch den Regierungen in London und Paris zugestellt. Dies wiederum veranlasste jetzt Bulganin, gleichlautende Erklärungen wie die an Eisenhower auch den anderen westlichen Regierungen zuzuleiten - zum ersten Mal auch der in Bonn.

Das fällt natürlich auf und man fragt nach dem Grund. Wahrscheinlich ist darüber in irgendeiner Form während der Zwanzig-Minuten-Unterredung bei Gelegenheit der Überreichung der Note gesprochen worden und es wäre schon interessant, darüber näheres zu wissen. Aber beide Teilnehmer hatten Stillschweigen nach aussen vereinbart. So ist man auf Vermutungen angewiesen.

Die Note empfiehlt in der Abrüstungsfrage ein einstweiliges Umschalten von den Bemühungen im Rahmen der UNO auf direkte wechselseitige Maßnahmen der einzelnen grossen Mächte. Die Russen seien mit ihrer angekündigten Demobilisierung von 1,2 Millionen Mann als einem ersten Schritt vorangegangen. Interessant ist, dass besonderer Nachdruck auf die Reduzierung der Streitkräfte in der Zone gelegt wird und den drei Westmächten gegenüber werden konkrete Wünsche nur in Bezug auf ihre Truppen in der Bundesrepublik bzw. deren Verringerung geäußert. Der dieser Anregung folgende Satz lautet: "Wir haben dabei im Auge, dass solche Maßnahmen seitens der Regierung der vier Mächte später zu einem Abkommen über eine radikale Reduzierung der Zahl der ausländischen Streitkräfte in Deutschland oder über den Abzug der ausländischen Streitkräfte vom Territorium Deutschland führen könnten." So wäre es möglich, dass bei der kurzen Unterhaltung des russischen Botschafters mit dem Bundeskanzler auch das Problem der westdeutschen Aufrüstung gestreift wurde, die mit den allgemeinen Abrüstungstendenzen in so krassem Widerspruch steht.

Unklar bleibt weiter, warum Abrüstungs Bemühungen, wenn sie aufrichtig vorhanden sind, nicht auch im Rahmen der UNO Erfolg haben könnten. Es wäre keine gute Sache, wenn man solchen multilateralen Vereinbarungen vor allem deshalb aus dem Wege gehen wollte, um eine Festlegung auf konkrete Kontrollbestimmungen zu vermeiden, die für eine dauerhaft und gut funktionierende Abrüstung nun einmal unentbehrlich sind - wobei freilich zu sagen ist, dass die Sowjets im Grundsatz dem Prinzip der Kontrolle von Rüstungen früher zugestimmt haben.

Zu billig wäre es allerdings, auch den neuesten Vorstoß Bulganius wieder als 'Propaganda' abzutun. Das Abrüstungsverlangen der Sowjets ist vorhanden. Dass sie damit für sich in der Welt Stimmung machen wollen, ist nur natürlich. Es kommt jetzt darauf an, dieses echte sowjetische Interesse für eine allgemeine weltpolitische Entspannung und ohne jeden Schaden für die Sicherheit des Westens politisch zu nutzen.

Die Milch als Wahlschlager

B.F. Die Milch ist zu einem Politikum ersten Ranges geworden. Vom Sommer vorigen Jahres bis in die Jetztzeit bewegte der Streit um den Milchpreis die Gemüter in der Bundesrepublik. In Österreich wurde er von der Volkspartei zu einem Wahlschlager gemacht. Die "bösen" Sozialisten waren natürlich gegen eine Erhöhung des Milchpreises und damit in einem Atemzug gegen die Bauern. In Wirklichkeit hatten die Sozialisten gar nichts gegen einen höheren Milchpreis, sondern befürworteten lediglich die etwas lautlosere Methode einer Milchpreissubvention, damit kinderreiche Familien, Alte und sozial Schwache nicht zu sehr in Mitleidenschaft gezogen würden.

In fast allen europäischen Ländern kommen 20, 25 oder gar 30% der gesamten landwirtschaftlichen Einnahmen aus dem Milchviehstall. Es ist deshalb kein Wunder, dass die Bauern auf einen guten Milchpreis bedacht sind. Da aber die Milch ein Volksnahrungsmittel ist und ein Stärkungsmittel für Alte und Schwache darstellt, müssen verantwortungsbewusste politische Parteien auch Sorge dafür tragen, dass sie für den Mann auf der Strasse in ausreichender Menge erschwinglich bleibt. Die "christlich" orientierten Parteien scheinen sich darum aber wenig zu kümmern, denn wie könnte es sonst eintreten, dass kurz vor der Wahl jetzt gleichfalls in Holland die katholische Volkspartei für eine Heraufsetzung des Milchgarantiepreises eintritt?

In Holland geht es aber nicht allein um die Milch, sondern mehr noch gegen die Partei des sozialistischen Landwirtschaftsministers S.L. Mansholt. Seit vielen Jahren vertritt Minister Mansholt in den Niederlanden eine Agrarpolitik, die über sein Heimatland hinaus in allen europäischen Staaten als beispielhaft anerkannt wird.

So führt die holländische Arbeiterpartei (P.v.d.A.) ihren Wahlkampf bei den Bauern dann auch unter dem Motto: "Wer für Drees stimmt, wählt Mansholt!" (Dr. S. Drees ist holländischer Ministerpräsident und gleichfalls Sozialist.) Landwirtschaftsminister Mansholt erfreut sich bei den Bauern grösster Beliebtheit. Zwischen ihm und die Bauern wollen die Katholiken, unter Zuhilfenahme des Milchgarantiepreises, einen Keil treiben. Bei der derzeitigen Konjunkturpolitik in den Niederlanden erscheint die Forderung der KVP ebenso unverantwortlich wie sie es im

9. 6. 1956

Augenblick bei uns wäre.

Wahltaktisch gesehen ist ihr Schachzug jedoch sehr geschickt. Sie stellen Minister Mansholt vor eine nicht leicht zu treffende Entscheidung. Für seine Partei hängt viel davon ab, wie er mit dem Problem fertig wird. Allzu grosse Befürchtungen brauchen die holländischen Sozialisten aber nicht zu haben, denn sie verfügen über ein sehr populäres Dreigestirn, dem ausser Drees und Mansholt noch der Sozialminister Suurhoff angehört, der vor einiger Zeit die Volkaltersversicherung in den Niederlanden einführte.

+ - +
Diskont und Rüstung

Helmut Schmidt, MdB, Hamburg

Im Verlauf der letzten 12 Monate sind die Lebenshaltungskosten um 4 % gestiegen. Wenn das so weiter ginge, dann wäre in zehn Jahren die Mark nur noch 70 Pfennig wert. Diese Preissteigerung ist - wie die Bank Deutscher Länder vor wenigen Tagen sagte - "überzeugendstes und für jedermann erkennbares Symptom" der sogenannten Konjunktur-Überhitzung. Wenn auch nicht für Fritz Berg oder Dr. Adenauer, so jedenfalls für die Hausfrauen ist das seit langem deutlich. Im Laufe des gleichen Zeitraums sind unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse sogar um 9 % gestiegen (Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt dagegen nur um 2% !).

Es handelt sich eindeutig darum, dass im Zeichen der Vollbeschäftigung die kaufkräftige Nachfrage schneller gestiegen ist, als das Waren- und Leistungsangebot. Der Grund liegt zum Teil in unseren hohen Exportüberschüssen (allein im April wieder 400 Millionen DM!), die einerseits unserer Binnenwirtschaft Güter entziehen und ihr andererseits in Form der gegen die abgelieferten Devisen ausgetauschten D-Mark-Gegenwerte neue Kaufkraft zuführen. Der Grund liegt zweitens in einer allzu hoch getriebenen und allzu schnell wachsenden Investitionsrate, die ihrerseits von einer schiefen Steuerpolitik gefördert wird. Der Grund lag drittens darin, dass der Kreditspielraum der Banken gross genug war, um auf dem Hintergrund der ständig steigenden Auftragsbe-

stände das Kreditvolumen der Volkswirtschaft ständig auszuweiten; trotz hoher Steuern und trotz Schäffers Geldhortung (Kassenmittel des Bundes z.Bt. 6,5 Mrd. DM.) trat dadurch eine ständige Ausweitung der kaufkräftigen Nachfrage ein. Schliesslich muss auch das deutliche Absinken der Sparrate erwähnt werden.

Der Segen einer unabhängigen Notenbank

Trotz der schon im Frühherbst 1955 erkennbaren Gefahren hat die Bundesregierung nicht gehandelt. Damals hat lediglich die Notenbank durch eine kleine Diskonterhöhung reagiert, wenn auch (da nicht von einer zielbewussten Wirtschafts- und Haushaltspolitik begleitet) ohne zureichenden Erfolg. Im Gegenteil, sie schuf durch ihre Rüstungsprogramme neue Faktoren für die Investitionsausweitung und der Finanzminister bildete sich sogar ein, er könne demnächst seine im Juliusturm gehorteten Steuergelder zur Bezahlung der Rüstung verwenden. Sofern dies tatsächlich geschehen sollte, so wird damit die kaufkräftige Nachfrage in unserer Wirtschaft abermals steigen und das Preisniveau erneut nach oben treiben. Preis-Lohnspirale wie auch Preis-Preisspirale würden eine erhebliche Beschleunigung erfahren, ebenso (und nicht zu verschweigen!-) die in der Vollbeschäftigung in Funktion tretende Lohn-Lohn-Spirale.

In dieser Situation hat die Zentralbank innerhalb von 10 Wochen den Diskontsatz zweimal erhöht und ausserdem den Kreditspielraum der Geschäftsbanken empfindlich eingeengt. Das war angesichts der von niemand sonst aufgehaltener inflatorischen Tendenz unvermeidlich; nur so kann man hoffen, die kaufkräftige Nachfrage fühlbar einzudämmen. Trotzdem wird mit der Diskontschraube allein - selbst bei nochmaligem Anziehen - die Entwicklung nicht wieder eingefangen werden können. Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitik müssen das ihre dazu tun.

Das Bundeskabinett hatte - trotz eindringlicher Bundestagsdebatte im Herbst 1955 - seine Aufgabe bisher nicht begriffen. Niemand "bestimmte" hier die "Richtlinien der Politik". Der Kanzler selbst, dem diese Aufgabe formell obliegt, störte vielmehr sehr nachdrücklich das öhnehin verspätete Zustandekommen einer "Richtlinie", weil er glaubte, dem Bundesverband der Deutschen Industrie nach dem Munde reden zu müssen. Man lese einmal Fritz Berge und Dr. Adenauers Kölner Rede nach, um zu erkennen, dass der Zweitgenannte die wirtschaftliche Situation seines

Landes überhaupt nicht mehr begreift (er verwechselt sogar Aussenwährung mit binnenwirtschaftlicher Kaufkraft), während der Erstgenannte doch wenigstens die Kategorien richtig unterscheidet - wenn auch seine Rede einseitig vom kurzsichtigen, falsch verstandenen Eigeninteresse der Industrie getragen und kein objektiver Beitrag zur Konjunktur-Debatte ist.

Was ist nötig ?

- 1.) Der Julisturm muss sterilisiert werden; am besten durch Rückkauf von Auslandsanleihen oder von Ausgleichsforderungen der Zentralbank gegen den Bund - hilfsweise durch Rüstungsbeschaffung im Ausland. Keinesfalls darf dieser "Kuchen" unter die Wähler (der CDU) verteilt werden, um so neue Nachfrage zu schaffen. Grundsätzlich darf die Rüstung nur aus laufenden Einnahmen finanziert werden.
- 2.) Die Einfuhr muss ausgeweitet werden - am besten durch eine radikale (aus aussenhandelspolitischen wie konjunkturellen Gründen befristet) Zollsenkung.
- 3.) Die steuerlichen Investitionsanreize (insbesondere die degressive Abschreibung) müssen abgebaut werden.
- 4.) Die öffentlichen Investitionen - das betrifft vor allem den Bund - sind wesentlich einzuschränken. Da das weder für Wohnungsbau noch für Strassenbau zu verantworten ist, so ist eine drastische Verkürzung und Verlangsamung der Rüstungsprogramme unabweichlich; dabei würde gleichzeitig einer der wichtigsten psychologischen Faktoren unserer Investitions-Konjunktur verkleinert werden.
- 5.) Die neuen laufenden Ausgaben des Bundes für höhere Kriegsofferrenten und allgemeine Rentenreform müssen zu Lasten der öffentlichen Investitionsvorhaben ausschliesslich aus den laufenden Einnahmen des Bundes finanziert werden.
- 6.) Der restliche im Rahmen der laufenden Einnahmen des Bundes noch verbleibende Spielraum sollte zur Steuersenkung zur Verfügung stehen - hierbei würde eine Beseitigung der Verbrauchssteuern etwa auf Tee, Kaffee, Kakao, Tabak besonders wirkungsvoll zur Beruhigung des Klimas beitragen.
- 7.) Schliesslich sollte steuerlich das Sparen stark begünstigt und eine Einschränkung des Teilzahlungskredites erwogen werden.

Erdlich eine volkswirtschaftliche Bilanz

Der Bundesregierung kleibt die bittere Entscheidung nicht erspart, ihre gesamte Rüstungspolitik der Revision zu unterziehen. Auch Hitler

9. 6. 1956

hat zwar in drei Jahren 500 000 Soldaten dem zivilen Produktionsprozess entzogen und ihre Bewaffnung und Ausrüstung aus dem laufenden Sozialprodukt sögezweigt - ihm standen aber riesige ungenutzte Industriekapazitäten und aussergewöhnliche Lagerbildungen sowie 5 Millionen Arbeitslose zur Verfügung. Trotzdem musste er - zur Verschleierung eindeutig inflatorischer Preissteigerungen - schon 1936 zum Preisstop greifen. Die gegenwärtige Bundesregierung will dasselbe Kunststück vollbringen, obgleich sie von der Vollbeschäftigung am Arbeitsmarkt und in der industriellen Kapazität ausgehen muss. Diese Sache kann nicht gut gehen.

Kabinettt und Öffentlichkeit würden das viel klarer erkennen, wenn Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungsminister sich anhand einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Rechenschaft darüber ablegten, wie weit ihre verschiedenen Pläne in den Rahmen passen. Sie würden zugleich endlich erkennen, dass sie ihre Politik koordinieren müssen - weil man in einer Vollbeschäftigung eben nicht "aus dem Vollen" wirtschaften darf.

+ + +

Terminstreite

sp. Die CDU/CSU hat in der abgelaufenen Woche wieder einen der sogenannten Bonner Terminstreite verloren. Der Deutsche Bundestag wird am 19. Juni 1956 nicht, wie es die Kanzler-Partei beabsichtigte, in einer Sondersitzung das Wehrpflichtgesetz behandeln. Wenn die SPD dem neuen angekündigten Termin vom 4. und 6. Juli 1956 aus grundsätzlichen aussenpolitischen Erwägungen nicht zustimmen kann, so ist doch zu verzeichnen, dass der Termindebatte ein Großteil der Schärfe genommen worden ist, die bis zu einem drohenden Auszug der gesamten Opposition aus den Ausschüssen ging.

Man sollte diese Termindebatten, die sich schon vielfach abgespielt haben, nicht als "Bonner Haarspaltereien" abtun. In konzentrierter Form geben nämlich gerade sie ein Spiegelbild der aussenpolitischen Gegensätze, und sie beweisen, dass die Kanzlerpartei praktisch nur noch die Aufrüstung als aussenpolitisches Konzept kennt.

Darüber hinaus aber sind diese Termindebatten ein Beweis dafür

wie die grösste Fraktion im Bundestag, die CDU/CSU, "ins Schwimmen" gekommen ist. Es beginnt jedesmal damit, dass die CDU/CSU auf die Macht ihrer Zahl pocht und glaubt, es sich gestatten zu können, sämtliche anderen Parteien vor den Kopf zu stossen. Erst wenn man wie der sprichwörtliche Elefant sämtliches Porzellan zerschlagen hat, kommt die Einsicht und man gibt nach.

Das ist nicht nur diesmal so gewesen. Schon bei der ersten Lesung des Wehrpflichtgesetzes spielte sich ein ähnlicher Vorgang ab. Auch damals beharrte man starr auf den Terminen und wollte der Opposition verweigern, ihren Gesetzentwurf zur Neuordnung der Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten am gleichen Tage zu beraten. Scharfe Worte wurden hin und her gewechselt, im Ältestenrat kam keine Einigung zustande und schliesslich hat die CDU/CSU doch nachgegeben. Ähnlich war es bei den Terminen für die Beratung des Freiwilligengesetzes und des Personalgutachtergesetzes. Auch hier hat man Termine gefordert, von denen jedermann wusste, dass sie nicht einzuhalten sind. Die Einsicht kam so spät, dass man von einer Niederlage der Kanzlerpartei sprechen konnte.

Man könnte diese Beispiele beliebig fortsetzen, die nicht gerade geeignet sind, das Ansehen der CDU/CSU zu heben. Sie zeigen insgesamt, dass diese Partei immer noch kein rechtes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie gefunden hat, denn das "Mit dem Kopf durch die Wand wollen" ist nun einmal keine Methode, die der demokratisch-parlamentarischen Entwicklung besonders förderlich ist. Statt von vornherein zu überlegen und realistische Terminvorschläge zu machen, beginnt man regelmässig die 1953er Hybris der Macht anzuwenden. Ein solches Verfahren kann sich nun einmal die grösste Fraktion im Bundestage nicht leisten. Sie schadet damit nicht nur sich selber, sondern dem Ansehen des gesamten Parlamentes.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau